



Workshop-Teilnehmer (erste Reihe): Stellv. Generaldirektor für Migration Olivieri Onidi (Europäische Kommission), Gruppenleiter Peter Webinger, Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser, Laura Yli-Vakkuri (Finnland), Henrik Ankerstjerne (Dänemark).

Neues Schutzsystem für Europa

Ranghohe Beamte aus ganz Europa diskutierten bei einem informellen Workshop über ein Konzept für ein neues europäisches Schutzsystem.

Derzeit wird versucht, mit Werkzeugen, die aus Vorglobalisierungszeiten stammen, globalisierte Migrationsströme zu bewältigen“, sagte Mag. Peter Webinger, Leiter der Gruppe III/B (Migration, Asyl, Staatsbürgerschaft und Menschenrechte) im BMI bei einem informellen Migrationsworkshop am 16. November 2016 in Wien. Diese Werkzeuge, wie das derzeitige europäische Asylsystem, würden den Anforderungen einer globalisierten Welt und dynamisierten Migration nicht mehr gerecht. Sei es noch vor wenigen Jahren vor allem um Wanderungsbewegungen in einen Nachbarstaat gegangen, sei nunmehr transkontinentale Migration die Regel geworden.

Gruppenleiter Webinger beschreibt das derzeitige System, wie in Europa Menschen Schutz angeboten werde, als „System 1.000“. Menschen würden Tausende Euro für Schlepper ausgeben, sich Tausende Kilometern von der Herkunftsregion in den Zielstaat bewegen, Tausende Menschen würden Boote besteigen und Tausende ihr Leben verlieren. Dies sei ein darwinistisches System. Unsere Schutzmechanismen greifen mit wenigen Ausnahmen erst bei „Gebietskontakt“.

An den Außengrenzen der Schengen-Zone, aber auch an manchen Binnengrenzen seien im Jahr 2015 Bilder staatlicher und europäischer Machtlosigkeit entstanden. „Daher stößt dieses System auf wenig Verständnis und

wird von der Gesellschaft nicht mitgetragen. Es stellt damit auch eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar“, sagte Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit) im BMI. Deshalb sei ein Umdenken in der europäischen Migrations- und Asylpolitik notwendig.

Um Lösungsvorschläge auf europäischer Ebene zu diskutieren, hatten die Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser und Peter Webinger ihre Kollegen aus elf Ländern zum informellen Workshop eingeladen – darunter aus Staaten der Visegrád-Gruppe (V4) und Ländern, die 2015 von der starken Zuwanderung über die Westbalkanroute betroffen



Wilhelm Sandrisser: Langfristig gänzlich neue Ansätze notwendig – über eine effektive Solidarität in der EU hinaus.



Peter Webinger: Vorschlag eines zukünftigen europäischen Schutzsystems.

waren. Die Teilnehmer stammten aus Polen, Tschechien und Ungarn sowie Dänemark, Deutschland, Finnland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Slowenien. Dazu kamen Vertreter aus Malta, das seit Anfang 2017 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union hat, der Europäischen Kommission und des *International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)*.

Wilhelm Sandrisser unterschied zwischen kurzfristigen und mittelfristigen Lösungen. Der Vorschlag der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer effektiven Solidarität stelle einen wertvollen Beitrag dar, um die Blockadesituation in Europa aufzulösen und die bisher auf die Umsiedlung von Asylwerbern innerhalb der EU (Relocation) begrenzte Diskussion über Solidarität auch auf andere Formen von Solidarität auszuweiten. So unterstützt etwa die Slowakei Österreich durch die Übernahme der Betreuung von Asylwerbern in Gabčíkovo, deren Verfahren in Österreich geführt werden. Mittelfristig müsse das europäische Schutzsystem zeitgemäßer aufgesetzt werden, betonte Webinger. Anstatt sich mit Migranten erst an den EU-Außengrenzen auseinanderzusetzen, müsse Europa bereits in Krisenregionen Zugang zu Schutz unterstützen. Die Gruppenleiter diskutierten beim Workshop mit hochrangigen Beamten diesen Ansatz, der auf bisherigen Konzepten wie der Neuansiedlung von außerhalb der EU schutzbedürftigen Menschen (Resettlement), der österreichischen „Save-Lives“-Initiative oder Migrationspartnerschaften der EU mit Drittstaaten („Migration Compacts“) aufbaut, diese miteinander kombiniert und

um neue Elemente ergänzt. Ein neues Schutzsystem müsse schutzbedürftige Menschen möglichst nah vor Ort erreichen und sie davon abhalten, sich Schleppern anzuliefern und ihr Leben zu riskieren. Das könne in dreifacher Weise erfolgen: durch die Unterstützung von Schutz in der Region, die Eröffnung von legalen Wegen nach Europa und das Aufzeigen von Schutzmöglichkeiten in anderen Regionen der Welt. „Je schneller die EU hier eine gemeinsame Position schafft, desto eher kann sie auch die Mitverantwortung anderer einfordern, wie etwa arabischer Staaten oder von USA und Kanada“, sagte Sandrisser. Zunächst gehe es darum, Menschen bestmöglich in bestehenden Flüchtlingslagern zu unterstützen, meinte Webinger. Dabei sei neben der Versorgung mit Basisgütern etwa auch Unterricht für Kinder wichtig. Zentral sei die Perspektive für Menschen.

Asyl in der EU könne in weiterer Folge an schutzbedürftige Menschen bereits vor Ort in bestehenden Flüchtlingslagern vergeben werden, etwa durch mobile Kommissionen. „Dabei sollte auch unterschieden werden, ob sich jemand auf offene, freie Gesellschaften einlassen will oder andere Lebensvorstellungen hat“, sagte Wilhelm Sandrisser. Durch eine solche Auswahl von Menschen, die Schutz in Europa erhalten, könne auch das Image von Asyl und Migration in der EU verbessert werden. Dann würden Staaten eher bereit sein, Menschen freiwillig aufzunehmen. Das verlange eine europäische Obergrenze. Sollten an der EU-Außengrenze Menschen weiterhin aufgegrif-

fen werden, sollten sie in ihre Herkunftsländer oder in kooperierenden Drittstaaten untergebracht werden. „Es geht darum, den Automatismus zu unterbrechen, dass alle Menschen, die gerettet werden, weiter nach Europa transferiert werden“, betonte Webinger. Nur so könne man die menschenverachtenden Geschäfte der Schlepper durchkreuzen.

In der Diskussion in drei Arbeitsgruppen wurde ein solcher neuer Zugang positiv bewertet, der aus der Sicht der Experten unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention umsetzbar erscheint. Aus der Diskussion heraus entstand der Vorschlag, den Weg zu einem neuen Schutzsystem in Europa in Schritten zu beschreiten, etwa in der Form von Pilotprojekten williger EU-Mitgliedstaaten mit bestimmten Drittstaaten.

Als Folge soll ein gemeinsames Konzept erarbeitet und auf europäischer Ebene zur Diskussion gestellt werden. Wilhelm Sandrisser sieht Österreich dabei in der Rolle des Brückenbauers, der zwischen den Ländern der Visegrád-Gruppe und anderen europäischen Staaten vermitteln könne. Olivier Onidi, stellvertretender Generaldirektor für Migration der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission, begrüßte die Idee als wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung des europäischen Asylsystems. „Ein Umdenken ist dringend nötig, um das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der EU in Krisensituationen zu gewährleisten“, sagte Wilhelm Sandrisser.

Florian Hahn